

Dieser Beitrag ist erschienen in

Werte als Grundlage von Entscheidungen  
Rohrbacher Manuskripte, Heft 13, Herausgegeben von Rudolf Rochhausen.  
Rohrbacher Kreis, Rosa-Luxemburg-Stiftung Leipzig, 2007  
ISBN 978-3-981-1061-1-4

Alle Rechte des Beitrags liegen beim Autor.

Der Beitrag kann unter den Konditionen der Creative Commons Lizenz BY-ND  
(Namensnennung-Keine Bearbeitung 3.0) frei verbreitet werden.  
<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de>

Vertrieb des ganzen Hefts durch Osiris-Druck Leipzig,  
<http://www.osiris-onlineshop.de>

## INHALT DES HEFTS

Kurt Reiprich: Vorwort .....	5 - 6
Rudolf Rochhausen: Parteien überschreitende Vernunft – die Notwendigkeit einer nachhaltigen Demokratie .....	7 - 19
Werner Deich: Essay über eine moralische Ökonomie für die Weltgemeinschaft und über die praktische politische Vernunft .....	20 - 31
Wolfgang Methling: Werte linker Politik .....	32 - 34
Kurt Reiprich: Versuch über die Begründung einer Weltordnung .....	35 - 55
Luise Neuhaus: Zur Bedeutung des Studiums der Werte der Antike für die Gegenwart .....	56 - 61
Anneliese Wirsing: Werteentscheidungen im Gesundheitswesen .....	62 - 79
Roland Opitz: Hegel-Spuren in Tolstois »Anna Karenina« .....	80 - 102
Volker Caysa: Selbstregierung als haltende Macht in einer Welt ohne Halt .....	103 - 113
Franziska Müller-Langer: Status und Perspektiven der energetischen Biomasse- nutzung in Deutschland – alternative Kraftstoffe .....	114 - 116

**WERNER DEICH**

## **Essay über eine moralische Ökonomie für die Weltgemeinschaft und über die praktische politische Vernunft**

Bemerkenswert ist das Fehlen der Wahrnehmung des Elends im Bewusstsein des durchschnittlichen Bürgers in den Hochlohnländern dieser Welt. Bemerkenswert ist auch die Gleichgültigkeit mit der man die Öffnung der Schere zwischen arm und reich auf globaler und nationaler Ebene als Bedrohung verdrängt. In den Schwellen- und Entwicklungsländern ist das Elend allgegenwärtig. Indem man dort im eigenen Land trotz Wirtschaftswachstum zwar die Schere zwischen arm und reich sich weiter öffnen lässt oder sich weiter öffnen lassen muss, hat man doch bei dem günstigen globalen Kapitalangebot und der bereit stehenden Massen billiger Arbeitskräfte den nötigen Rückenwind, um die Schere zwischen armen und reichen Nationen zu ihren Gunsten – z.T. historisch explosionsartig, im Großen und Ganzen aber zumindest allmählich - zu schließen. Ob dieser historische Epochenwandel friedlich verlaufen wird und kann, muss alle Menschen dieser Erde mit Sorge erfüllen.

Die Menschenrechte fußen nicht nur auf dem Grundsatz, dass das Leben des einzelnen Menschen und die Existenzsicherung der Gattung Mensch im Einklang mit der Natur, die auch zu ihrem Recht kommen sollte, das höchste Gut ist. Verbunden ist damit die Beachtung der Würde des Menschen. Inwieweit damit ein Recht auf menschenwürdige Existenzbedingungen verbunden ist, scheidet die Geister nicht in ihren theoretischen Äußerungen, sondern in ihren praktischen Handlungen und Unterlassungen. Die große weltbewegende oder nicht - bewegende, scheinbar unsinnige Frage lautet also – da der übergroße Teil der Menschheit zu den Ärmsten, Armen, Unterdrückten mit sehr geringer Teilhabe am Bruttosozialprodukt der Welt gehört – und zu ihnen auch – weil die Höhe des Lebensniveaus im Vergleich der Nationen relativ ist – jene Schichten gehören, die nicht zu den >Besserverdienenden< gehören – wie gewinnt dieser zahlenmäßig gewaltige Teil der Menschheit durch die Institution der Demokratie entscheidenden Einfluss auf die Politikgestaltung zugunsten der Mehrheit. Das politische Weltsystem, in dem wir leben, ist nicht der »rheinische«, sondern der »globale« Kapitalismus. Ein anderes System ist nicht in Sicht, solange auch in der benachteiligten Mehrheit der Weltbevölkerung – wo immer sie lebt, ob in Hoch- oder Niedriglohnländern – die konkrete Hoffnung auf Verbesserung ihrer Lage besteht, bzw. auf den Erhalt ihres Wohl-

stands, den ihnen der Kapitalismus bislang beschert hat. Die Interessenlage innerhalb dieser Weltmehrheit ist also ebenso extrem gegensätzlich durch die gegebenen Unterschiede im Lebensniveau und ihre unterschiedlichen Wettbewerbspositionen und -strategien wie die Interessenlage auf Seiten des Kapitals. Die Seite der armen Mehrheit will Wohlstand erlangen, bzw. erhalten, die Seite der reichen Minderheit will ihren Reichtum durch Maximierung der Gewinnerzielung mehren. Die Entwicklung einer globalen Oligarchie zeichnet sich bereits ab, weil Reichtum den Besitz und die Erlangung von Macht fördert. Die Skala der Machtverteilung reicht von Null bei den Ärmsten bis zu 100% bei den Reichsten. Beide Seiten wollen sich mit ihren Ansprüchen behaupten. Wenn das in Frieden geschehen soll, müssen Institutionen der Vermittlung das entscheidende Wort haben. Das reicht im Idealfall - nicht unbedingt in der Tat - herunter von der UNO als der obersten Weltbehörde bis zum Bürgermeister eines Dorfes, der auch kein Alleinherrscher oder purer Interessenvertreter einer Gruppe sein kann, wenn es sich denn in seinem Dorf friedlich leben lassen soll.

Wir leben in einer Zeit des >aufgeklärten Kapitalismus<, der eine Übergangszeit sein wird wie die Zeit des >aufgeklärten Absolutismus<. Die Gesellschaftswissenschaften stehen in hohem Maße im Dienst der Kapitaleseite. Wer wollte bestreiten, dass die Kapitaleseite nicht das höchste Maß an Aufklärung besitzt, was die Wahrnehmung ökonomischer Chancen zu ihrem eigenen Vorteil betrifft.

Geht auf Grund der Politik, die von der ungebremsten Macht des Kapitals ausgeht, die Schere zwischen reich und arm weltweit und national aber immer weiter auf, drohen wegen dieser >höheren Unverantwortlichkeit< (C.Wright Mills) der Welt unermessliche Gefahren.

Deshalb muss dieser Zustand, der nicht von Dauer sein kann, verstanden werden als Eintritt in das Zeitalter der Besinnung für die Aufgeklärten. Aber für die Massen steht fest, dass sie nicht zur Besinnung kommen können, solange sie nicht aufgeklärt sind! Ihre politische Verbildung muss zurückgedrängt werden und mit ihr die Macht des Kapitals. Diese Chance bietet in einer friedlichen Welt nur die Demokratie, in der die Massen durch das Mehrheitsprinzip auf vernünftige Weise Macht erlangen und ausüben können.

Im *Zeitalter der Besinnung* müssen die Liberalen sich darauf besinnen, dass Geld nicht alles regeln kann, die Konservativen, dass nicht alles so bleiben kann wie es ist, und die Sozialisten, dass es in der Welt in allen Bereichen immer mehr oder weniger gerechte oder ungerechte soziale Unterschiede gibt, die erkannt und bewertet werden müssen, und zwar nach Wertmaßstäben, die sich an der Gerechtigkeit orientieren – ei-

ner Gerechtigkeit in der Leistungsgerechtigkeit mit der Befriedung menschlicher Grundbedürfnisse vereinbar ist und der Spielraum individueller Freiheit durch das Gemeinwohl bestimmt wird. Das Maß und der Wert der Arbeit muss sich an der gesellschaftlich notwendigen Arbeit orientieren! Mit Hinblick auf das Gemeinwohl gilt das Prinzip der Gleichheit. Dieses bedeutet nicht nur Gleichheit vor dem Gesetz, sondern weit mehr.

Das Gemeinwohl erfordert die Bündelung und Berücksichtigung der Interessen aller Bürger (citoyen). Die Suche nach friedlichen, vernünftigen Lösungen für Interessenkonflikte setzt Regeln voraus, die eingehalten werden müssen. Bei generell existierenden sozialen Unterschieden wird die Einigung nicht durch extreme Lösungen oder durch Lösungen der Extremisten erzielt, sondern durch Orientierung auf einen Mittelwert oder Schwerpunkt!

Gerechtigkeit existiert nur als ausgleichende Gerechtigkeit und damit als Prozess. Es gibt immer Gewinner und Verlierer der Geschichte. Beide schreiben Geschichte. Doch die Geschichtsschreibung durch die zeitweiligen Gewinner ist die autoritäre. Sie beansprucht die sog. Deutungshoheit und übt einen bestimmenden Einfluss auf den Prozess ausgleichender Gerechtigkeit aus. Wollen die Verlierer dagegen angehen und ihren Einfluss spürbar machen, müssen sie eine ebenso aufgeklärte Einstellung zur Macht haben wie die Sieger! Sonst bleiben sie die ewigen Verlierer. Sinnvolle Machtausübung ist gerechte Machtausübung. Im Zeitalter einer notwendigen Besinnung muss gerechte Machtausübung nicht nur gegenüber den eigenen Staatsbürgern, sondern gegenüber der ganzen Menschheit und Natur erfolgen.

Da es unrealistisch ist, einen Zustand zu erwarten, wo überall in der Welt gerechte Macht verantwortlich ausgeübt wird, ist die individuelle Meinungs- und Redefreiheit für den Prozess globaler ausgleichender Gerechtigkeit von grundsätzlicher Bedeutung. Auch der Konsens aller an einem Gemeinwesen Beteiligten, durch den die Mentalität des Bürgers auf »political correctness« getrimmt wird, darf die Freiheit der Rede, vor allem die Freiheit der Wissenschaft nicht so einschränken, dass dadurch die Wahrheit über Menschenrechtsverletzungen und über Chancen und Gefahren für die gesamte Menschheit unterdrückt wird. Zur irreversiblen Globalisierung kann nur gehören, dass die öffentlich geltenden Normen universell sein müssen. Universelles Denken aber – kann sich weder durch religiöse Überzeugungen, noch durch partikulare Interessenorientierung beschränken lassen. Humanität ist das Ideal universellen Denkens. Die Realität dagegen ist – hoffentlich immer weniger – oft unmenschlich grausam. Ohne Ideale geht die Welt zugrunde. Ohne Hoffnung gehen Ideale zugrunde. Hoffnung ohne Bezug

auf diesseitige, innerweltliche Lösungsmöglichkeiten und Glückserwartungen ist nur Trost für den Einzelnen. Der Mensch im Zeitalter der Besinnung besinnt sich hoffentlich auf das Ganze! Individuelles Handeln, das seinen berechtigten Freiheitsraum erstreiten darf, und organisiertes Handeln, das sich berechtigt sieht, individuelle Freiheiten einzuschränken, muss durch die Vernunft zu einer Synthese vereint werden: zum gesellschaftlichen Handeln!

Eine direkte oder partizipative Demokratie, die sich über die vermittelnden Instanzen hinwegsetzen will, riskiert – weil sie die Macht oder die Mächtigen herausfordert – schnell (d.h. unvermittelt) den sozialen Frieden und damit die Möglichkeiten sozialen Ausgleichs, den die Vernunft und das Streben nach Gerechtigkeit als Prinzip des Staates erfordern.

Man hüte sich vor idealistischen Positionen und ihren teleologischen Zielsetzungen, wenn auch soziale Utopien eben so wenig Gegenstand des Spottes, der Missachtung und Verachtung sein dürfen wie die Hoffnung durch Glauben, auf ein Weiterleben der Seele nach dem Leben. Die Misere dieser Welt ist dort am Größten, wo der Arm-selige keine andere Hoffnung hat als an einen Gott zu glauben, weil er den Menschen nicht trauen kann. Ein gemeinsamer Glaube vermindert dieses Übel, weil er auch jenen Glaubensgenossen, den man ansonsten nicht traut, durch religiöse Normen zu einem akzeptablen Verhalten verpflichtet.

Werte – auch religiös bestimmte Werte – sind an Machtinteressen festzumachen. Die Verletzung moralischer Grundsätze, die Missachtung von Sitte und Anstand, die gesellschaftliche Sanktionen nach sich ziehen, reflektieren die Normengesellschaftlichen Zusammenlebens, die durch die gesellschaftlichen Machtverhältnisse geschaffen und aufrecht erhalten werden. Das Wertesystem, in dem wir leben, leben müssen, aber nicht um jeden Preis leben wollen, ist der Kapitalismus. Ob dies Wertesystem seinen Zenit noch nicht erreicht oder schon überschritten hat, wissen wir nicht. Wir dürfen aber nicht so tun, als könnten wir uns ohne >Nachteilsnahme< in diesem System versündigen.

Neid und Hass sind als naturgegebene Affekte unangemessene, inakzeptable Verhaltensweisen, um sozialer Ungerechtigkeit entgegenzutreten. Wer sieht, wie dem der hat, immer noch mehr zukommt und gegeben wird, und dabei Neid und Hass empfindet, muss sich beherrschen lernen und zur Vernunft kommen, wenn er die Gefahr vermeiden will, volksverhetzenden Ideologien und menschenverachtenden Demagogen anheim zu fallen.

Die Gestaltung der ökonomischen Basis einer Gesellschaft ist die Aufgabe und das Werk von Kräften, die als Gesetzgeber und Einflussnehmer Normen und Rahmenbe-

dingungen für die Wirtschaft festlegen, und ebenso von noch diffuseren Kräften, die vom Unternehmer bis zum Arbeiter hauptsächlich die gesellschaftliche Wertschöpfung hervorbringen. Aber muss, kann und darf das kapitalistische System so totalitär sein, dass sich der Wert jeder Arbeit nur nach ihrem Geldwert berechnet?

Eine der elementarsten Ursachen oder Begleiterscheinungen für den Siegeszug des Kapitalismus (allerdings weit weniger bedeutsam als die Ausbeutung von Menschen und Ressourcen in den Kolonien und den Heimatländern) besteht darin, dass die Zunahme des Wohlstands der Nationen, bzw. das ständige wirtschaftliche Wachstum mit dem Kennzeichen einer ständigen Erhöhung des Bruttosozialprodukts (BSP) im Zuge der Industrialisierung und der Entwicklung von Industriegesellschaften, mit einer ständigen Erhöhung der Frauenquote in der erwerbstätigen Bevölkerung verbunden war. Die Emanzipation der Frau war also eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Die heute als äußerst negativ bewertete niedrige Geburtenrate in den industriegesellschaftlichen Hochlohnländern ist und war eine Folgeerscheinung der Zunahme der Erwerbstätigkeit von Frauen.

Erst jetzt wird öffentlich diskutiert, dass man den Wert der Arbeit der Hausfrau und der Mutter als Kindererziehende nicht oder nicht rechtzeitig ins sozialorientierte kapitalistische Kalkül gezogen hat. Hier haben wir es doch mit dem natürlichsten und ursprünglichsten >Non-profit-sector< zu tun, der – wie jeder einsehen kann – für die gesellschaftliche Reproduktion im umfassendsten Sinne unabdingbar ist. Man kann nun diese gesellschaftliche Arbeit von Hausfrauen-Müttern durchaus mit einem Geldwert belegen oder ausstatten, aber es wäre unsinnig – wenn auch mit dem Geist des Kapitalismus konform – wollte man diese Arbeit nach Leistungskriterien bewerten – gute Mütter kriegen mehr, schlechte weniger – oder sogar einen Arbeitsmarkt für Hausfrauentätigkeit und Mutterschaft kreieren. Mitunter kann einem schon so etwas in den Sinn kommen, wenn sich deutsche Männer zum Heiraten Frauen aus Rumänien oder Thailand über Kontakt-Agenturen vermitteln lassen.

So wie man die Arbeit für die Humanreproduktion nicht als Teil der Marktwirtschaft ansehen und einem Wettbewerb aussetzen kann, so sollte vernünftigerweise über die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit funktionaler gesellschaftlicher Arbeit mehr nachgedacht werden. Nicht jede gesellschaftlich notwendige Arbeit muss Gewinn abwerfen, wenn auch angemessen bezahlt werden. Wo kämen wir hin, wenn wir von der Bundeswehr eine Gewinnerzielung verlangen und erwarten würden!? Natürlich ist die gewaltige Zunahme von Privatarmeen in der Welt und das >Outsourcing< von militärischer Logistik an Privatunternehmen eine bedrohliche Entwicklung! Aber gebietet nicht das

Interesse aller Staatsbürger, die in einer Demokratie über ihre Stimmabgabe die Zusammensetzung der Parlamente bestimmen, dass die Armee und militärische Aktionen nicht weitgehend parlamentarischer Kontrolle entzogen werden? Selbstverständlich! Und die Armee – die hoffentlich einmal durch eine Art demokratisch kontrollierter Weltpolizei ersetzt wird – ist durchaus auch ein gutes Beispiel dafür, dass Effizienz nicht nur in der Privatwirtschaft zu erreichen ist. Kein vernünftiger Mensch wird unterstellen, dass ein Soldat oder Postbote nicht effizient arbeiten, weil ihr Betrieb kein privater ist. Natürlich kann die Funktion eines Soldaten oder Postboten durch technologische Erneuerungen überflüssig werden. Dann erhöht man die Effizienz des Militärs oder der Post als Institution. Solange es die Funktion des Soldaten oder Postboten aber gibt, sind diese Funktionen Arbeitsstellen im Non-profit-sector, die nicht dem Wettbewerb am Arbeitsmarkt unterliegen. Die Ausübung solcher Funktionen wird traditionellerweise nach dem Maßstab Pflichtbewusstsein und Pflichterfüllung bewertet und zusätzlich zur Besoldung durch Ehrungen und Beförderungen belohnt. Die Zunft der Ärzte müsste sich eigentlich in besonderem Maße dem Non-profit-sector zugehörig fühlen. Sie wollen doch eigentlich aufgrund ihrer speziellen berufsständischen Ethik gar keine Gewinne machen, sondern nur anständig, d.h. >ärzteständisch< bezahlt werden. Auch hier könnte mit Blick auf das problematische Gesundheitswesen über eine vernünftige Lösung ohne Profitorientierung diskutiert werden.

Der Bereich des Non-profit-sectors darf m.E. als vermeintlich zu hoher Kostenfaktor in der Globalisierung nicht einfach weiter eingeschränkt werden. Er sollte vielmehr abgesichert und erweitert werden. Natürlich kann ein Soldat oder Postbote (ein Lehrer weniger), wenn deren öffentlich-rechtliche Institution privatisiert ist, kostengünstiger durch einen billigeren, aber deshalb nicht weniger fähigen, fleißigen und gehorsamen Menschen aus der Ukraine oder Uganda ersetzt werden, aber zumutbar und vermittelbar wäre dies einer von Dauerarbeitslosigkeit bedrohten Bevölkerung nicht. Gerade der hohe Wohlstand einer Nation erlaubt und macht es erforderlich, dass die Funktionen, die für das Funktionieren der Gesellschaft als Ganzer notwendig sind und auch ein Fundament für die Erzeugung von Nachwuchs bilden können, von eigenen Leuten ausgefüllt werden, solange es diese noch in ausreichender Zahl gibt.

Die In – Bewegung - Setzung einer solchen Stellenpolitik, die nicht als Bestandteil der Arbeitsmarktpolitik anzusehen ist, weil diese Stellen durch staatliche Planvorgaben auf Dauer besetzt werden, und zwar von den Bewerbern, die sich dafür qualifiziert haben und zusätzlich gewissermaßen einen Heimatbonus in Anspruch nehmen dürfen, liegt im Interesse einer Bevölkerung, die hier und da durch einen Volksentscheid oder

durch andere Wege einer direkten Demokratie zum Zuge kommen könnte. Für grundlegende Änderungen in der Politik bedarf es in der Regel aber größerer Interessenkoalitionen. Die Schicht der Bewerber für Stellen im Non-profit-sector müssten z.B. jene mittelständischen gewerbetreibenden Kreise zu gemeinsamen Handeln gewinnen, die unter den Rahmenbedingungen >lokaler Wirtschaftskreisläufe<, die nicht dem europäischen oder globalen Wettbewerb ausgesetzt sind, auch für Ruhe, Auskommen und familiäre Planungssicherheit in ihrem Staat sorgen wollen. Schutzzölle sind hierfür nicht die Voraussetzung. Notwendig ist vielmehr bei klugen Investitionen eine realistische Einschätzung der zu erwartenden demographischen Bevölkerungsentwicklung und der damit verbundenen Entstehung neuer Bedürfnislagen sowie eine ständige Beobachtung und Vorauseinschätzung der Leistungsfähigkeit und Kaufkraft der Bevölkerung. Die Reduzierung der Bevölkerung durch eine geringe Geburtenrate und Abwanderung darf und muss nicht zu regionaler Verarmung und Verödung führen. Hier bewirkt direkte Demokratie wenig, wenn die Mehrheit der Wähler in den Arbeit anbietenden, aufsteigenden Ballungszentren lebt und vorrangig ein Interesse an den Exportgewinnen der Firma hat, für die sie dauerhaft oder in einem prekären Beschäftigungsverhältnis stehend arbeiten. Was kümmert sie dann die Verödung von Teilen ihres Vaterlandes, das sie so ja auch nicht mehr nennen! Wenn sie dies aber nicht kümmert, sind sie >vaterlandslose Gesellen< wie ihre Arbeitgeber, die Global players!

Wichtiger als der Nutzen einer direkten Demokratie, ist die richtige Einschätzung der Machtverhältnisse wie sie durch die Schichtung des Volkes gegeben ist. Wenn Dinge auseinanderlaufen, die zusammengehören, um zu funktionieren und um als gerechte Ordnung angesehen und empfunden zu werden, dann wird allen Beteiligten eine Verantwortung für das Schicksal des Ganzen, für das Wohl und Wehe der Gemeinschaft in der Gesellschaft auferlegt, die man Solidarität nennt. Eine Gesellschaft erodiert, wenn das Gemeinschaftsgefühl in ihr verkümmert. Dann zerbrechen demokratische Institutionen. Die Mächtigen aber finden ihren Weg des Machterhalts. Vernünftige Vermittler und vermittelnde Institutionen haben dann keine oder geringe Chancen.

Überhaupt ist das Prinzip Verantwortung – wie zu allen Zeiten – der oberste Wert moralischen Handelns. Verantwortungslos zu handeln ist ebenso unmoralisch wie gesinnungslos zu leben. Max Webers Unterscheidung von Verantwortungs- und Gesinnungsethik ist nur dann berechtigt, wenn die einer Gesinnung zugeordneten Werte extremistisch, totalitär mit Absolutheitsanspruch versehen und ohne Toleranzgebot sind. Extreme, fanatische Gesinnungshaltungen haben ebenfalls – wie bei der sozialen Desintegration einer demokratischen Gesellschaft – keinen Platz für vernünftige Vermittler



und Institutionen, die dafür sorgen, dass alle zu ihrem Recht kommen. Mit der sozialen Demokratie zerfällt auch der demokratische Rechtsstaat.

Freilich ist der Begriff Verantwortung vielschichtig wie die Personen und Institutionen, denen gegenüber sich der Verantwortungsträger zur Rechenschaft verpflichtet fühlt. Das reicht vom kleinen Jungen, dem die Aufsicht über seine jüngere Schwester anvertraut ist, gegenüber seinen Eltern, vom Angestellten gegenüber seinem Chef, vom Politiker gegenüber seiner Partei, usw. bis zu den unpersönlichen Instanzen, denen wir als Verantwortliche rechenschaftspflichtig sind oder denen gegenüber wir uns rechenschaftspflichtig fühlen: gegenüber unserer Gemeinde, unserem Staatswesen, der Natur, der Menschheit oder Gott, dessen Gebote man nicht ohne Gewissensbisse übertreten kann, so wie der moderne Humanist sein Gewissen belastet, wenn er wissentlich etwas tut, unterlässt oder zulässt, was die friedliche Existenz der Menschheit und die natürliche Umwelt als Existenzbedingung der Menschheit gefährdet. Die Vorstellungen von Gott und Menschheit sind historische Produkte der geistigen Evolution. Ihnen geht historisch eine Vielzahl von Göttern und Dämonen und Feinden voraus.

Die unterschiedlichen Verantwortungsebenen sind das Ergebnis historischer Prozesse, die gesellschaftliche Abhängigkeitsstufen hervorgebracht haben, auf denen unterschiedliche Machtbefugnisse für die Verhängung von Sanktionen gegen jene angesiedelt sind, die nach >guten Recht< geurteilt verantwortungslos gehandelt haben. Daher ist der Revolutionär, der sich über das alte Recht hinwegsetzt, weil es ungerecht war – d.h. weil es den Bedürfnissen des Volkes, das sich an der Revolution beteiligt, nicht gerecht wurde – ein Rechtsbrecher, Verbrecher, Täter. Er ist es genauso wie jeder, der sich aus Gewissensgründen über eine gültige Rechtsordnung hinwegsetzt wie die Männer und Frauen im Widerstand gegen Hitler oder heute Leute von Greenpeace und Attac. Solche Leute sind aus der Sicht der Anhänger der real-existierenden Rechtsordnung das >Pack<, das sich jedoch nicht zusammenpacken lässt, weil sich in diesem Pack ganz unterschiedliche Charaktere in den Kampf begeben: Idealisten, die von ihrem sozialen, religiösen und humanistischem Gewissen getrieben werden und verbitterte Leiderfahrene, die von Neid und Hass erfüllt sind und die in der Regel dafür verantwortlich sind, dass altes Unrecht in neues Unrecht verwandelt wird. Letztlich erfordert die politische Entwicklung – wenn sie als moralischer und zivilisatorischer Fortschritt angesehen werden kann – als Gebot der politischen Vernunft eine Versöhnung der widerstreitenden Kräfte. Feinde müssen Gegner und Partner werden. Dass >alle Menschen Brüder< werden ist ein frommer Wunsch, den wir dennoch nicht verwünschen dürfen. Die Versöhnung erfordert die beiderseitige Verdrängung der Selbstgerechtigkeit und erlaubt

keine Siegerjustiz. Reue darf nur den Uneinsichtigen abverlangt werden – in der Erwartung, dass diese ihre Uneinsichtigkeit eines Tages bereuen werden. Auch hier müssen von vermittelnden Instanzen gemeinsame Wege gesucht und gewiesen werden, die den Eindruck vermeiden, es sei Gnade vor Recht ergangen, und den Eindruck bestärken, dass die Dinge nun auf den rechten Weg gebracht sind. Wenn der Eindruck täuscht, wird bald neuer Streit ins Haus stehen.

Bei aller vernünftigen Regelung von strittigen Verhältnissen kann Parteilichkeit nicht ausgeschlossen werden. Sie ist vielmehr die Regel. Objektivität im Sinne einer unparteiischen oder überparteilichen Sicht bezieht sich auf den Geist des jeweils gültigen Rechts und nicht allein auf den Buchstaben des Gesetzes, sonst gäbe es keine Rechtsanwälte, Anwälte des Rechts. Ob dieses Recht als Maßstab des Urteils gerecht ist im Sinne des Klägers, spielt dabei keine Rolle. Die Schaffung einer gerechten Rechtsordnung ist die ständige Aufgabe der politischen Auseinandersetzungen, die ohne Parteien nicht denkbar sind. Die Legalisierung von Parteien ist das Ergebnis eines historischen Prozesses, worunter wir heute die Entwicklung zur Zivilgesellschaft verstehen. Mit ihr kommen die Parteien hoffentlich zur Vernunft. Sie haben die Chance, vernünftig miteinander umzugehen. Sie tun dies oder auch nicht. Wenn nicht - dann ist es aber mit der Zivilgesellschaft auch wieder vorbei und die nächste Chance ist ungewiss.

Ein Grundsatz der Zivilgesellschaft ist die Gleichheit vor dem Gesetz. Auch dies ist eine historische Errungenschaft, die den ständischen Gerichtsstand beseitigt und eine formale demokratische Rechtsordnung geschaffen hat. Auch die Mächtigen von der obersten bis zur untersten Ebene können danach keine Sonderrechte als Privilegien, sondern nur noch gesetzliche Berechtigungen in Anspruch nehmen, die – wenn sie ungerecht sind, auch wie Privilegien wirken können. Die Mächtigen müssen sich in der Demokratie damit zufrieden geben, wenn ihnen aus der Gesetzeslage, die sie mit und für ihresgleichen geschaffen haben, berechtigte Vorteile erwachsen.

Vom Gesetz des Stärkeren, das historisch gesehen immer gänzliche Unfreiheit für die Schwächeren und Unterlegenen bedeutete, bis zur Stärkung und Stärke des Rechts zum Schutze der Schwachen war es ein langer Weg, der im demokratischen Rechtsstaat an sein ideelles Ziel gelangt ist. Jedoch nur je reicher ein Staat, eine Nation oder eine Gesellschaft ist, umso eher und mehr können die in der Nation bestehenden sozialen Unterschiede bei Existenz eines Drucks von außen – wie einst durch den real-existierenden Sozialismus – durch staatliche Sozialleistungen abgefedert werden. Für arme Nationen – unter der Voraussetzung, dass sie als Verbündete gebraucht werden - können dies nur Transfers von außen bewirken.

Ist also der demokratisch verfasste Rechtsstaat nur existenzfähig, wenn es ihm insgesamt gut geht, wenn er aus dem Vollen schöpfen kann? Die Beschränkungen der persönlichen Freiheit in einer Wohlstandsgesellschaft – auch bei Berücksichtigung der Tatsache, dass der Wohlstand einer Gesellschaft eine relative Größe ist – wird eher als Normalität angesehen, da bescheidene Verhältnisse kaum als ungerecht oder Notlage angesehen werden müssen und Bescheidenheit wegen der Steigerung des Sozialprodukts für niemanden eine rechte Tugend sein muss. Aber wo die Not der Armen größer wird und die Zahl der Armen zunimmt, hat es mit der allgemeinen Unbescheidenheit ein Ende. Von den Mächtigen, Reichen und Bessergestellten als Begehrlichkeit diffamiert, bricht sich dann das Begehren nach sozialer Gerechtigkeit seine Bahn. Dann geht es um Teilhabe an der Macht, um das gesellschaftliche Vermögen gerecht zu verteilen, also um Verteilungsgerechtigkeit.

Auch hier bedarf es einer angemessenen Zahl von vernünftigen Vermittlern, die Ideen für einen gerechten sozialen Ausgleich entwickeln. Vollständige soziale Gleichheit kann es zu keinem Zeitpunkt geben, sondern nur eine Annäherung an eine Mitte, die die dynamische Gesamtentwicklung nicht gefährdet und im Idealfall sogar optimiert. Die praktische politische Vernunft hat aber nur da eine Chance, wo die materielle Existenz der Vernünftig-Denken-und-Handeln-Wollenden abgesichert ist. Deshalb ist die reale Freiheit des Menschen nur im Wohlstand und nicht in der Armut gegeben – so wie die Freiheit der Wissenschaft nur bei einer materiellen Absicherung gewährleistet ist. Ein neuer Jesus mit armen Jüngern hätte in der modernen Welt eine sehr fragwürdige Chance. Die Freiheit des Christen ist eine innere und außerweltliche. Wenn aber Gerechtigkeit eine Tugend der Christen ist, dann zählen Christen zu den verlässlichsten Verbündeten der Vernünftigen. Wollen sie aber die Gerechten schlechthin sein, trennen sie Welten von der Vernunft.

Der wissenschaftlich - technische Fortschritt hat die Industrie-, Informations- und Wissensgesellschaft als Zivilgesellschaft hervorgebracht. Von daher muss dem Wissen und Können von Wissenschaftlern und wissenschaftlich Ausgebildeten eine zentrale Funktion bei der Wahrnehmung von Chancen für die Entwicklung und der Abwehr von Gefahren in der Zivilisation zugestanden werden, da es hier immer um das Funktionieren des Ganzen und um das Funktionieren von Teilen in Einheit mit dem Ganzen geht. Partikulare Interessen kann eben nur derjenige zurückweisen, der die unabhängige Machtbefugnis zur Lösung der zentralen Probleme besitzt. Insofern ist es unablässlich, dass Universitäten wie schon im Mittelalter mit einer materiellen Fundierung ausgestattet sind, die ihnen eine verantwortungsvolle Eigenständigkeit ermöglicht. Kompetenz-

teams als Beratungsgremien in Politik und Verwaltung üben Macht aus, die Macht des Wissens und Könnens, wenn ihre Argumente wirksam sind und die Richtung der Politik verändern. Gleichwohl wäre es eine Illusion zu glauben, die Wissenschaft könne das Primat über die Politik erlangen. Auch hier kommt vermittelnden Persönlichkeiten und Instanzen die entscheidende Rolle zu, vernünftige gemeinsame Lösungen zu finden. Der Eigensinn der Partikularisten und der Egoismus ihrer machtvollen Gefolgschaft von Profiteuren und Besitzstandswahrern wird sich allemal als schwer bezwingbar erweisen. Und dennoch gibt es eine grundsätzliche Chance für eine gedeihliche Entwicklung der Menschheit auf dieser kleinen Erde und in den viel kleineren Staaten dieser Welt, nämlich die Wertschätzung der Erfahrung, dass es jedem einzelnen besser geht, wenn es allen oder wenigstens den meisten gut geht. Diese Einsicht ist die Prämisse für menschenrechtliches, menschenwürdiges vernünftiges Handeln. Natürlich wird es niemals allen gut gehen. Doch moralisch handeln wir nur, wenn wir uns bemühen, das Ausmaß der materiellen und geistigen Armut zu verringern.

Dieser moralische und materielle Zustand der realexistierenden Menschheit relativiert die Idee von der Chancengleichheit. Die Armen und Unterprivilegierten sind zu zahlreich. Chancen eröffnen sich vornehmlich durch Geldbesitz und Beziehungen und nicht durch einen formalrechtlich zugestandenen Anspruch auf Gleichheit. Die Idee der Chancengleichheit hat nur dort Bodenhaftung, wo sie den Armen dieser Welt wenigstens eine Überlebenschance zusichern kann, denn nicht einmal die ist ja in unserer Zeit gewährleistet.

Hüten wir uns vor purem Idealismus. Die gesetzliche Ordnung als eine historische Er-rungenschaft ist eine Zwangsordnung mit Freiheitsbeschränkung – nicht Freiheitsentzug; der bleibt Straftätern vorbehalten. Um sich bei seinen Aktivitäten im Rahmen des Rechts zu bewegen, muss der normale Mensch, für den die gesellschaftlichen Normen gelten, sich einschränken, d.h. er übt Selbstbeschränkung und Mäßigung aus, die freiwillige Akte sind und weder als reale noch als gefühlte Unfreiheit angesehen werden. Natürlich sind Chancen und Risiken, die mit dem Genuss von Freiheitsrechten in unterschiedlichen Systemen verbunden sind, ungleich verteilt. Die Ungleichverteilung der Freiheit ist aus der Sicht von Vertretern eines Systems, in dem Besitz oder Kapital oder beides zusammen die Verfügungsrechte bestimmen, immer eine vertretbare, gerechtfertigte Sache gewesen. In solchen Systemen ist das Risiko der Besitzenden und Kapitaleigner nicht vergleichbar mit den Risiken, die den Armen zugemutet werden. Die Armen haben heutzutage auch kein vergleichbar längeres Leben. Angesichts solcher systemarer Defizite an sozialer Gerechtigkeit, steht jeder ehrliche Mensch, dessen Ehre in

der Wahrheitsliebe besteht, vor der Verantwortung, der Lebenslüge widersprechen zu müssen, dass Unparteilichkeit einen realen Platz in der Geschichte haben könnte. Der ehrliche Mensch ist Partei, wenn er die systembedingte Ungerechtigkeit erkennt und moralisch verurteilt. Der einem System verbundene Mensch ist Partei, weil er entweder seinen Reichtum mehren, seinen Wohlstand erhalten oder im System zu Wohlstand gelangen will. Der ehrliche Mensch im Kapitalismus steckt in einem Dilemma. Er erkennt einerseits den Kapitalismus als eine Zwangsordnung, durch die eine ungleiche Vermögensentwicklung beschleunigt und rechtlich abgesichert wird – ein Zustand der ungerecht ist und den er positiv verändern möchte – und er sieht andererseits, dass es der Kapitalismus – auch der globalisierte Kapitalismus – ist, der ihm seinen Lebensstandard verschafft hat – und sei dieser auch noch so bescheiden. Warum sollte er sich von einem ungerechten System befreien, wo er doch per saldo so sehr davon profitiert. Nein, Partei müssen auch die Vernünftigen ergreifen, wenn der Motor des Kapitalismus zu stottern anfängt, wenn die von Existenzangst bedrohten Besitzstandswahrer und Sozialhilfeempfänger als Verlierer der Globalisierung anfangen, sich Parteien zuzuwenden, die mit radikalen Lösungen aufwarten. Die Stunde der Wahrheit ist sprichwörtlich. Sie schlägt nicht zu jeder Zeit, sondern nur wenn es Zeit ist. Jetzt ist die Zeit für eine parteiübergreifende Koalition der Vernunft!